

**Antrag 50/II/2024****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Bildung für alle, nicht für wenige! Ein Wandel für inklusive Schulen**

1 Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist ein  
2 international verbindliches Menschenrechtsinstrument,  
3 das die Rechte von Menschen mit Behinderungen schützt  
4 und fördert. Artikel 24 der Konvention legt besonderen  
5 Wert auf das Recht auf Bildung und fordert die Vertrags-  
6 staaten auf, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebe-  
7 nen zu gewährleisten. Trotz der Ratifizierung der UN-BRK  
8 durch Deutschland im Jahr 2009 existieren immer noch  
9 Förderschulen, die eine Segregation von Schüler\*innen  
10 mit sonderpädagogischem Förderbedarf zur Folge haben.  
11 Diese Praxis steht in direktem Widerspruch zu den Grund-  
12 sätzen der UN-BRK und hat nachteilige Auswirkungen auf  
13 die Bildung und soziale Integration von Schüler\*innen mit  
14 sonderpädagogischem Förderbedarf.

15

**16 Inklusion: Ein demokratisch-sozialistischer Wert**

17 Inklusive Bildung ist nicht nur ein Menschenrecht, son-  
18 dern auch ein soziales Gebot, das im Einklang mit sozial-  
19 demokratischen Prinzipien steht. Sie fördert den sozialen  
20 Zusammenhalt und bietet allen Schüler\*innen gleiche Bil-  
21 dungschancen. Dies ist ein klares Zeichen für soziale Ge-  
22 rechtigkeit und Chancengleichheit.

23 Förderschulen, die mehr als die Hälfte der Kinder mit  
24 sonderpädagogischen Förderbedarf besuchen, versteti-  
25 gen die soziale und akademische Trennung von Schü-  
26 ler\*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

27 Schulen besitzen neben ihrer bildenden auch eine erziehe-  
28 rische Verantwortung, daher muss es Aufgabe der Schu-  
29 len sein, die bestehende Vielfalt der Gesellschaft abzubil-  
30 den und den Bildungsauftrag in seiner Gänze gerecht zu  
31 werden.

32

**33 Kritik und Herausforderungen**

34 Deutschland versagt dabei, die Grundsätze der Inklusion  
35 in die Bildungspolitik umzusetzen. Ein jüngst veröffent-  
36 licher UN-Bericht griff Deutschland deswegen scharf an  
37 und betonte, dass Förderschulen definitiv nicht mit der  
38 UN-Konvention vereinbar sind. Auch der Behindertenbe-  
39 auftragte Jürgen Dusel hat die Situation kritisiert und be-  
40 tont, dass Deutschland bei der Umsetzung der UN-BRK  
41 hinkt. Dies verdeutlicht, dass eine radikale Veränderung  
42 im Bildungssystem notwendig ist.

43 Deutschland hinkt auch im europäischen Vergleich bei der  
44 Umsetzung den anderen Staaten hinterher. So liegt die  
45 Exklusionsquote im Bezug auf Schüler\*Innen hierzulande  
46 bei miserablen 4,5 %, während sie im europäischen Mittel  
47 den Wert 1,55 % erreicht und in Italien auf 0 % gesunken

48 ist.

49 In Deutschland wird eine Behinderung nicht als gleichwertiger Teil der gesellschaftlichen Vielfalt betrachtet. Die  
50 wertiger Teil der gesellschaftlichen Vielfalt betrachtet. Die  
51 Exklusion, also der Ausschluss aus der Regelbeschulung,  
52 ist eine Folge dieses Missstandes.

53

54 **Unsere Forderungen:**

- 55 • Inklusion ist an allen Schulformen gleichwertig umzusetzen. Prinzipiell bekennen wir uns zur Gesamtschule.  
56 zusetzen. Prinzipiell bekennen wir uns zur Gesamtschule.  
57 schule.
- 58 • Um den Anspruch jedes Kindes auf Regelbeschulung zu realisieren, fordern wir den Ausbau der inklusiven Schwerpunktschulen. Sie ermöglichen eine ideale Mischung zwischen besonderer Förderung und inklusiver Beschulung.  
59 lung zu realisieren, fordern wir den Ausbau der inklusiven Schwerpunktschulen. Sie ermöglichen eine ideale Mischung zwischen besonderer Förderung und inklusiver Beschulung.  
60 inklusiven Schwerpunktschulen. Sie ermöglichen eine ideale Mischung zwischen besonderer Förderung und inklusiver Beschulung.  
61 eine ideale Mischung zwischen besonderer Förderung und inklusiver Beschulung.  
62 und inklusiver Beschulung.
- 63 • Alle Förderzentren sollen schnellstmöglich zu inklusiven Schwerpunktschulen weiterentwickelt werden. Des Weiteren sollen alle Förderschwerpunkte in allen regionalen Bereichen gleichmäßig vertreten sein.  
64 liven Schwerpunktschulen weiterentwickelt werden. Des Weiteren sollen alle Förderschwerpunkte in allen regionalen Bereichen gleichmäßig vertreten sein.  
65 werden. Des Weiteren sollen alle Förderschwerpunkte in allen regionalen Bereichen gleichmäßig vertreten sein.  
66 in allen regionalen Bereichen gleichmäßig vertreten sein.  
67 sein.
- 68 • Die Kultusminister\*Innen sollen verpflichtet werden, das inklusive Bildungsprogramm weiterzuentwickeln und für die Umsetzung Sorge zu tragen.  
69 den, das inklusive Bildungsprogramm weiterzuentwickeln und für die Umsetzung Sorge zu tragen.  
70 entwickeln und für die Umsetzung Sorge zu tragen.
- 71 • Die Struktur des Schulsystems soll so umgestaltet werden, dass sie verschiedene Bildungswege unter einem Dach vereint, ohne dabei Schüler\*innen aufgrund ihrer Fähigkeiten oder Bedürfnisse zu trennen. Ziel ist es, eine flexible Lernumgebung zu schaffen, die allen Kindern gerecht wird.  
72 werden, dass sie verschiedene Bildungswege unter einem Dach vereint, ohne dabei Schüler\*innen aufgrund ihrer Fähigkeiten oder Bedürfnisse zu trennen. Ziel ist es, eine flexible Lernumgebung zu schaffen, die allen Kindern gerecht wird.  
73 unter einem Dach vereint, ohne dabei Schüler\*innen aufgrund ihrer Fähigkeiten oder Bedürfnisse zu trennen. Ziel ist es, eine flexible Lernumgebung zu schaffen, die allen Kindern gerecht wird.  
74 aufgrund ihrer Fähigkeiten oder Bedürfnisse zu trennen. Ziel ist es, eine flexible Lernumgebung zu schaffen, die allen Kindern gerecht wird.  
75 trennen. Ziel ist es, eine flexible Lernumgebung zu schaffen, die allen Kindern gerecht wird.  
76 schaffen, die allen Kindern gerecht wird.
- 77 • Intensivierung der frühkindlichen Bildung und Erziehung mit einem Fokus auf Inklusion, um allen Kindern, unabhängig von ihren individuellen Entwicklungsbedingungen, einen gleichberechtigten Start in die Bildungslaufbahn zu ermöglichen.  
78 zierung mit einem Fokus auf Inklusion, um allen Kindern, unabhängig von ihren individuellen Entwicklungsbedingungen, einen gleichberechtigten Start in die Bildungslaufbahn zu ermöglichen.  
79 um allen Kindern, unabhängig von ihren individuellen Entwicklungsbedingungen, einen gleichberechtigten Start in die Bildungslaufbahn zu ermöglichen.  
80 Entwicklungsbedingungen, einen gleichberechtigten Start in die Bildungslaufbahn zu ermöglichen.  
81 einen gleichberechtigten Start in die Bildungslaufbahn zu ermöglichen.
- 82 • Für die Umsetzung der Inklusion an Regelschulen fordern wir den systematischen Ausbau multiprofessioneller Teams (mit Schwerpunkt auf u.a. pädagogische Unterrichtshilfen, Gesundheitsfachkräfte, Sozialpädagog\*innen, Psycholog\*innen, Erzieher\*innen, Betreuer\*innen) an allen Schulen, die Senkung der Klassenfrequenzen an inklusiven Schwerpunktschulen und auch die Stärkung der temporären Kleinklassen.  
83 ulen fordern wir den systematischen Ausbau multiprofessioneller Teams (mit Schwerpunkt auf u.a. pädagogische Unterrichtshilfen, Gesundheitsfachkräfte, Sozialpädagog\*innen, Psycholog\*innen, Erzieher\*innen, Betreuer\*innen) an allen Schulen, die Senkung der Klassenfrequenzen an inklusiven Schwerpunktschulen und auch die Stärkung der temporären Kleinklassen.  
84 multiprofessioneller Teams (mit Schwerpunkt auf u.a. pädagogische Unterrichtshilfen, Gesundheitsfachkräfte, Sozialpädagog\*innen, Psycholog\*innen, Erzieher\*innen, Betreuer\*innen) an allen Schulen, die Senkung der Klassenfrequenzen an inklusiven Schwerpunktschulen und auch die Stärkung der temporären Kleinklassen.  
85 pädagogische Unterrichtshilfen, Gesundheitsfachkräfte, Sozialpädagog\*innen, Psycholog\*innen, Erzieher\*innen, Betreuer\*innen) an allen Schulen, die Senkung der Klassenfrequenzen an inklusiven Schwerpunktschulen und auch die Stärkung der temporären Kleinklassen.  
86 Gesundheitsfachkräfte, Sozialpädagog\*innen, Psycholog\*innen, Erzieher\*innen, Betreuer\*innen) an allen Schulen, die Senkung der Klassenfrequenzen an inklusiven Schwerpunktschulen und auch die Stärkung der temporären Kleinklassen.  
87 Sozialpädagog\*innen, Psycholog\*innen, Erzieher\*innen, Betreuer\*innen) an allen Schulen, die Senkung der Klassenfrequenzen an inklusiven Schwerpunktschulen und auch die Stärkung der temporären Kleinklassen.  
88 an allen Schulen, die Senkung der Klassenfrequenzen an inklusiven Schwerpunktschulen und auch die Stärkung der temporären Kleinklassen.  
89 die Senkung der Klassenfrequenzen an inklusiven Schwerpunktschulen und auch die Stärkung der temporären Kleinklassen.  
90 auch die Stärkung der temporären Kleinklassen.
- 91 • Entwicklung und Implementierung eines Lehrprogramms, das auf alle Schüler\*Innen ausgerichtet ist und dadurch auf die Diversität der Lernenden eingehen kann.  
92 mms, das auf alle Schüler\*Innen ausgerichtet ist und dadurch auf die Diversität der Lernenden eingehen kann.  
93 auf die Diversität der Lernenden eingehen kann.
- 94 • Eine unabhängige Untersuchung und Evaluierung des aktuellen Bildungssystems, um Schwachstellen und Diskrepanzen zwischen den Idealen der UNBRK und der tatsächlichen Umsetzung in Deutschland aufzudecken.  
95 chung und Evaluierung des aktuellen Bildungssystems, um Schwachstellen und Diskrepanzen zwischen den Idealen der UNBRK und der tatsächlichen Umsetzung in Deutschland aufzudecken.  
96 um Schwachstellen und Diskrepanzen zwischen den Idealen der UNBRK und der tatsächlichen Umsetzung in Deutschland aufzudecken.  
97 zwischen den Idealen der UNBRK und der tatsächlichen Umsetzung in Deutschland aufzudecken.  
98 in Deutschland aufzudecken.
- 99 • Einrichtung einer ständigen Kommission, die sich
- 100

- 101 aus Bildungsfachleuten, Vertreter\*innen von Men-  
102 schen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und  
103 weiteren Fachkräften zusammensetzt. Diese Kom-  
104 mission soll fortlaufend Empfehlungen zur Weiter-  
105 entwicklung des inklusiven Bildungssystems geben.
- 106 • Es soll zusätzliche finanzielle Mittel bereitstellen,  
107 um die Umsetzung inklusiver Bildungsprogramme  
108 zu unterstützen. Dafür soll es einen „Pakt der Inklusion“  
109 zwischen Bund und Ländern unter Federführung  
110 des Erstgenannten geben.
  - 111 • Anpassung der Schulgebäude und Einrichtungen,  
112 um vollständige Barrierefreiheit und eine lernför-  
113 dernde Umgebung für alle Schüler\*innen zu ge-  
114 währleisten. Dabei sollte der Denkmalschutz nicht  
115 den erforderlichen Baumaßnahmen im Weg stehen  
116 oder sie unnötig verteuern.
  - 117 • In der Ausbildung von Lehrer\*innen und pädagogi-  
118 schem Personal sollen diese in inklusiver Pädagogik  
119 gebildet werden, um die Inklusion von Schüler\*in-  
120 nen mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu er-  
121 leichtern.
  - 122 • Erstellung eines detaillierten Aktionsplans, der Zeit-  
123 rahmen, Zuständigkeiten und notwendige Ressourcen  
124 für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maß-  
125 nahmen festlegt